

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 36/39  
Telefax: 866 846 ppbn d  
Telefax: 21 06 64

## Inhalt

Ludwig Stiegler MdB  
zum Verlauf der Koalitions-  
verhandlungen:  
Schöne Bescherung.  
Seite 1

Klaus Wettig MdEP zur  
Rettung des deutschen  
Wernmuts durch Ignaz  
Kiechle: Sangria aus  
Wanne-Eickel?  
Seite 2

Dr. Rose Götte MdB zu  
der ab Januar '91 gel-  
tenden Pflegegeld-Re-  
gelung: Von einer  
echten Hilfe kann keine  
Rede sein.  
Seite 3

Dokumentation  
Unter dem Titel "Die  
Modernisierung der  
SPD" hat die  
"Arbeitsgruppe Partei-  
reform" beim Landes-  
vorstand der NRW-SPD  
eine Analyse vorgelegt.  
Wir dokumentieren das  
Papier in mehreren  
Teilen (Teil III).

Seite 3

45. Jahrgang / 242

19. Dezember 1990

### Schöne Bescherung

Zum Verlauf der Koalitionsverhandlungen

Von Ludwig Stiegler MdB  
Vorsitzender der Bayerischen SPD-Landesgruppe im Bundestag

Eine schöne Bescherung stellt das Ergebnis der bisherigen Koalitions-  
verhandlungen in Bonn dar.

Besonders hervorstechend ist die unrühmliche Rolle der CSU im ge-  
genwärtigen Verhandlungsprozeß. Bereits kurz nach der Wahl hat die  
ihre vorher gemachten Versprechen im großangelegten Stil gebrochen.

Zuerst die vorzeitige Streichung der Zonenrandförderung, dann der er-  
neute Umfaller im Mietrechtsstreit mit der FDP und schließlich die gran-  
diose CSU-Idee einer Straßennutzungsgebühr.

Die Erklärung des Bundesfinanzministers und CSU-Vorsitzenden  
Waigel, die entstehenden Belastungen seien tragbar und zumutbar  
und die erbeuteten Mittel zweckgebunden, kann man nur als  
scheinheilig und arrogant den betrogenen Menschen gegenüber  
qualifizieren.

Zumutbar und tragbar wäre es gewesen, diese Pläne, die ja nicht erst  
jetzt ausgeheckt wurden, den Bürgern vor der Wahl zur Abstimmung  
zu stellen. Die jetzt öffentlich erwogenen neuen und erhöhten Gebüh-  
ren sollen lediglich ablenken von der ausgemachten Steuerlüge der  
Koalition, die noch vor kurzem behauptete - die CSU besonders ir-  
brünstig - es werde durch die Deutsche Einheit keine Mehrbelastungen  
für die Menschen und keine Steuererhöhungen geben.

Tatsache ist, daß mit diesen Gebühren Ausgaben getätigt werden sol-  
len, die ansonsten aus dem Steuersäckel finanziert werden müßten.  
Somit handelt es sich bei der geplanten Straßennutzungsgebühr und  
der Verkürzung des Zeittakts beim Telefonieren um die Erhebung einer  
lediglich notdürftig kaschierten Zusatzsteuer.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Vom Güter-Umhang  
mit wertvollen Rohstoffen  
hergestellt.



Ebenso leicht durchschaubar ist die scheinbare Begrenzung der Straßennutzungsgebühr auf die Autobahnen; sie nennen es jetzt Autobahngebühr. Ein praktischer Unterschied besteht hier nicht, da die Struktur unseres Straßennetzes kaum ein Ausweichen ermöglicht.

Wer nur einmal im Jahr eine Autobahn befahren will, und sei es nur, um an den Urlaubsort zu gelangen oder entfernte Verwandte zu besuchen, muß die 100 DM bezahlen - somit praktisch jeder der ein Auto besitzt.

(-/19.12.1990/rs/ks)

\*\*\*\*\*

**Sangria aus Wanne-Eickel?**  
**Zur Rettung des deutschen Wermuts durch Ignaz Kiechle**

Von Klaus Wettig MdEP

Darauf werden sich alle Wermutsbrüder einen kräftigen Schluck genehmigen. Die EG-Agrarminister, unbekannt ist die Zahl der Wermutfreunde unter ihnen, einigten sich über aromatisierte Weine. Was der Wermutfreund erleichtert hört, muß der rechtskundige EG-Bürger als Verordnung zur "Festlegung der allgemeinen Regeln für die Begriffsbestimmung, Bezeichnung und Aufmachung von Wermutweinen und anderen Weinen aus frischen Weintrauben mit Pflanzen und anderen Stoffen aromatisiert" studieren. Hinter dem wortreichen Titel verbergen sich komplizierte Tatbestände: chemische und wirtschaftliche.

Schluck ist schließlich nicht gleich Schluck und Wermut nicht gleich Wermut.

Ersparen wir dem trinkenden Leser Informationen darüber, wie Wermutwein oder "anderer Wein" entsteht, der im Basisprodukt keine "frischen Weintrauben" enthält. Wenden wir uns der ebenso wichtigen Frage zu, welche pekuniären Wirkungen die deutschen Wermutfreunde bedroht haben. Gerettet wurde nämlich der deutsche Wermut. Ignaz Kiechle, sonst eher ein Streiter für die Allgäuer Milch, hat für unseren Wermut gekämpft, der weiterhin aus deutschen Weinen hergestellt werden darf.

Ein Scheitern seines Kampfes hätte nicht nur Verteuerung nach sich gezogen, auch dem ausländischen Produkt wäre Tür und Tor geöffnet worden. Das deutsche Produkt für DM 2,- pro Liter im Getränkeshop zu haben - man weiß, was man hat - hat weiterhin eine Zukunft. Auf deutschen Marktplätzen wird deshalb manche Wermutbombe auf das Wohl von Ignaz Kiechle platzen.

Wo viel Licht ist, fällt leider auch viel Schatten. Erkauft wurde der Verhandlungserfolg mit einem bedenklichen Zugeständnis. "Sangria" darf jetzt in allen EG-Mitgliedstaaten erzeugt werden. Sangria - Inbegriff von Spaniensonne, ibizanischen Runden, lärmender und wohliger Trunkenheit - darf jetzt auch in Invernes vermischt und auf Flaschen gefüllt werden - oder in Wanne-Eickel. Die Spanier und Portugiesen haben sich zwar ausbedungen, daß in diesem Fall "hergestellt in..." auf dem Etikett stehen muß, doch das ist ein schwacher Trost, wo wir schon so viel Schwierigkeiten mit dem Kleingedruckten bei unseren Banken haben.

Sollen wir demnächst in Formentera das Kleingedruckte auf Sangria-Flaschen kontrollieren oder - schließlich ist alles möglich - das Kleingedruckte auf den Bierfässern unserer Stammkneipe? Wachsamkeit ist nämlich angesagt, denn seit Jahren liefern wir holsteinischen Kuhkäse nach Griechenland als Schafskäse (Feta - griechischer wohlgernekt). Warum sollte deshalb einem Weitmischer aus Wanne-Eickel der kanarische Sangria-Markt versperrt bleiben?

(-/19. Dezember 1990/rs/tr)

\*\*\*\*\*

**Von einer echten Hilfe kann keine Rede sein**  
**Zu der ab Januar '91 geltenden Pflegegeld-Regelung**

**Von Dr. Rose Götte MdB**

Viele Familien, die einen Angehörigen versorgen und gehofft hatten, ab 1. Januar 1991 entlastet zu werden, fühlen sich "verraten und verkauft".

Abgesehen davon, daß bestimmte versicherungsrechtliche Voraussetzungen erfüllt sein müssen, gelten für die Frage der Pflegebedürftigkeit die gleichen strengen Vorschriften wie beim Landespflegegeld, das zum Beispiel von Rheinland-Pfalz gewährt wird.

Diese Richtlinien sind "unmenschlich", weil sie einen Großteil der Pflegebedürftigen ausklammern. Eine enttäuschte Bürgerin erklärte, man müsse schon "mehr tot als lebendig sein", um in den Genuß des Pflegegeldes zu kommen.

Diejenigen, die als besonders schwere Pflegefälle bereits anerkannt sind, erleben ebenfalls eine große Enttäuschung: Das Geld, das sie ab 1. Januar für häusliche Pflege von der Krankenkasse bekommen, wird nämlich mit dem Pflegegeld nach dem Bundessozialhilfegesetz beziehungsweise mit dem Landespflegegeld verrechnet. Finanziell entlastet wird in diesen Fällen also nicht die Familie, sondern die Sozialämter der Kommunen sowie die Bundesländer, die Landespflegegeld gewähren.

Es ist ein schlimmes Spiel, was die Bundesregierung mit denen treibt, die es am schwersten haben, nämlich mit den Familien, die rund um die Uhr ohne Feierabend und ohne freies Wochenende einen Angehörigen pflegen. Minister Blüm hatte ihnen als Ausgleich für die Belastungen der Gesundheitsreform eine Pflegehilfe versprochen. Nun wird durch die Bestimmung des Ministeriums der Kreis der Berechtigten so eingeeengt, daß von einer echten Hilfe keine Rede mehr sein kann.

(-/19.12.1990/rs/ks)

\*\*\*\*\*

## **DOKUMENTATION**

### **Die Modernisierung der SPD (Teil III)**

Unter dem Titel die "Modernisierung der SPD" hat die "Arbeitsgruppe Parteireform" beim Landesvorstand der NRW-SPD eine Analyse vorgelegt. Autoren sind Gabriele Behler, Friedhelm Julius Beucher, Wolfgang Hahn-Cremer, Barbara Hendricks und Bernhard Kasperek. Mitautoren sind Bodo Hombach, Axel Horstmann, Karl-August Kamilli, Joachim Poß und andere. Wir veröffentlichen das Papier in mehreren Teilen.

#### **Moderne Herausforderungen der Politik**

Es beginnt eine neue Epoche, die Nachkriegszeit ist zu Ende. In dieser neuen Epoche werden Alternativen im System der Marktwirtschaft in neuer Weise diskursfähig, und die Kritiker bestehender Verhältnisse können nicht mehr als "Sozialisten", "Kommunisten" und "Systemfeinde" ausgegrenzt werden.

Zwischen dem schwedischen Modell und der Politik Thatchers ist viel Raum für Alternativen. Wir streiten daher um das WIE der konkreten Ausgestaltung der Marktwirtschaft. Die Verknüpfung von ökonomischem, ökologischem, technologischem, sozialem und kulturellem Fortschritt ist die zentrale Aufgabe für künftige ordnungspolitische Gestaltung.

Ordnung ist kein Endzustand und kein statisches Prinzip, sondern bedarf zielorientierter Dynamik, wobei Ziele und Mittel sorgfältig unterschieden werden müssen. Grenzwerte zum Beispiel begrenzen die Emission von Schadstoffen in die Umwelt, setzen Mindeststandards. Doch wenn sie fest gesetzt werden, behindern sie weitergehende Reduzierungen. Also muß das Unterschreiten der Grenzwerte sich lohnen. Die technologische und innovative Leistungsfähigkeit anzuregen, wird somit zum ordnungspolitischen Prinzip.

Unsere Politik muß Angebote schaffen, die jenes Verhalten privilegieren, das gesellschaftlich angestrebt wird und dem Gemeinwohl nützt. Das könnte zum Beispiel dazu führen, staatliche Einnahmen nicht mehr vor allem als Steuern, sondern zunehmend als Abgaben einzufordern, die an Gemeinwohlinteressen geknüpft sind und wünschenswertes Verhalten provozieren. So muß es selbstverständlich werden, ökologische Folgekosten von Produktion und Konsum in Rechnung zu stellen.

Zusätzliche oder neue Aufgaben staatlicher Instanzen sind nicht mehr an altem Brauch durch einfache Mehrung des Personals zu lösen. Ohne durchgreifende Re- und Umqualifizierung und Umstrukturierung des öffentlichen Dienstes entwickelt sich dort ein Kosten-Nutzen-Mißverhältnis, das den Bürgerinnen nicht zuzumuten ist. So könnten zum Beispiel Polizeibeamte und -beamtinnen durch gut ausgebildete Fachkräfte von Schreibarbeiten entlastet werden, damit mehr Zeit für ihre eigentlichen Aufgaben finden und so zugleich mit ihrer Arbeit zufriedener sein als bisher.

Wir leben in einer Epoche, in der die gesellschaftlichen Rollenzuweisungen der Geschlechter und ihr Verhältnis zueinander neu erprobt und entwickelt werden. Wer die Option der Frauen auf gleiche Beteiligung am Erwerbsleben ernst nimmt und fördern will, kommt um weitere Verkürzung der Arbeitszeit nicht herum. Und wer die Arbeitszeit verkürzen will, muß die Betriebszeiten von den individuellen Arbeitszeiten abkoppeln.

Je kürzer die tatsächlichen wöchentlichen Arbeitszeiten werden können, und je weniger Menschen in tradierten Familienstrukturen leben, desto weniger Sinn macht es, eine Veränderung standardisierter Arbeitszeitregelungen aufzuhalten. Aber unsere Politik hat mit dafür zu sorgen, daß die gewünschten Vorteile der Flexibilisierung für die Arbeitnehmerinnen Realität werden und nicht die befürchteten Nachteile.

Der gradlinige Weg von der Berufsausbildung bis zur Rente wird nicht Vorbild einer normalen und durchschnittlichen Biographie bleiben. Daraus folgen neue Vorstellungen von Arbeitszeitorganisation und beruflicher Aus- und Fortbildung. In den Gewerkschaften wird längst darüber nachgedacht, wie soziale Sicherheit und Altersversorgung jenseits gewohnter Strukturen organisierbar sind, ob es sinnvoll ist, ihre Finanzierung von der Berufsarbeit abzukoppeln und eine allgemeine Grundsicherung einzuführen.

In der Konsequenz müssen wir uns über sinnvolle Regelungen des WIE unterhalten, müssen uns mit den Gewerkschaften um Bezahlung, Freizeitausgleich, Mitbestimmungsregelungen und Zeitautonomie für die Arbeitnehmer kümmern. Wir müssen das Wechselverhältnis von Individualität und Kollektivität, von Solidarität und individueller Freiheit neu bestimmen und klären, bis wohin es kollektiver Sicherungen bedarf und was getrost dem einzelnen Überlassen bleiben kann.

Mehr Flexibilität von Arbeitnehmern und von staatlicher Bürokratie allein zu fordern, ist viel zu wenig. Flexibilisierungsanstrengungen müssen vor allem im Bereich der Wirtschaft geleistet werden. Wir sollten die Innovationsfähigkeit der Industrie viel deutlicher als bisher herausfordern.

Mit dem Zusammenwachsen Europas, mit der Globalisierung ökologischer Risiken und wirtschaftlicher Zusammenhänge verliert der Nationalstaat weiter an Bedeutung. Damit wächst zugleich das Gewicht jener politischer Ebenen, die den für die BürgerInnen unmittelbar erfahrbaren Nahbereich gestalten. Unter der Oberfläche - weltweiter Vereinheitlichung der Technologie und einiger besonders marktgängiger Produkte wächst zugleich eine neue kulturelle Differenzierung. Die wollen wir fördern.

Die Angleichung des Lebensstandards in den Industrienationen der westlichen Welt ermöglicht eine neue Qualität kultureller Unterschiede. Für Beheimatung und Identität der Menschen wird die nähere Lebensumgebung, der Lebensstil und die kulturelle Verortung in der Gesellschaft künftig eine wachsende Rolle spielen. Die Folge wird die Repolitisierung des Kommunalen, Regionalen und des Kulturellen sein. Eine neue Vielfalt wird die wachsende Befähigung erfordern, in unübersichtlicher kultureller und sozialer Umgebung Eigenständigkeit und Toleranz zu wahren, die "neue Unordnung" als Chance zu erkennen. Auf diese Entwicklungen ist die SPD bislang nicht eingestellt.

#### **Ostdeutschland ist anders**

Vergleicht man die Gesellschaft der ehemaligen DDR mit der in den westlichen Bundesländern auf einer Zeitschiene, so läßt sich festhalten: Der Osten Deutschlands war von der kulturellen und gesellschaftlichen Entwicklung im sich vereinigenden Europa und in der Bundesrepublik weitgehend abgehängt.

In der ehemaligen DDR befinden sich immer mehr Menschen in einer Situation, die ihnen ökologische Belange als sekundär erscheinen läßt. Es geht ihnen erst einmal um Lohn und Brot, um die Bewältigung von berechtigten Lebensängsten, um die Sorgen um die nächsten Zukunft und die persönliche Perspektive. Selbst dort, wo von ökologischen Katastrophen gesprochen werden muß, wie im Raum Bitterfeld, verdrängt vorerst die Sorge um die Arbeitsplätze das Wissen um die längst sichtbaren gesundheitlichen Gefährdungen.

Es gibt offenbar eine Hierarchie in der Gewichtung von Sorgen und Nöten - und damit eine Reihenfolge politischer Ziele, die bei den Menschen Zustimmung finden: Nur wenn die Grund Sorgen das materiellen Überlebens gesichert sind, wollen sich die Menschen einer weiteren Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse zuwenden. In Gruppendiskussionen bestätigte sich, daß sie auf Wirtschaft und Ökologie bezogen nach dem westlichen Wertemuster der 50er Jahre orientiert sind: 'Erst wollen wir den wirtschaftlichen Aufschwung, dann erst das Soziale und Ökologische.'

Im Westen bewegt sich die Gesellschaft in Richtung Individualisierung, im Osten muß Solidarität im Kapitalismus erst gelernt werden. Arbeiter und Angestellte müssen erst lernen, sich der neuen Wirtschaftsordnung entsprechend gewerkschaftlich zu organisieren, sich die betriebliche Interessenvertretung selbst aufzubauen, in der Schaffung dieser gewerkschaftlichen Strukturen liegt nach unserer Auffassung eine wesentliche Voraussetzung für eine künftige sozialdemokratische Mehrheitsfähigkeit in den neuen Bundesländern. Daraus folgt, daß wir eine solche Entwicklung maßgeblich fördern und begleiten müssen.

Arbeitslosigkeit im Westen wurde in der DDR einst als Propagandalüge der SED gewertet - heute ist Arbeitslosigkeit für die Menschen in den neuen Bundesländern eine reale Bedrohung.

Neu ist für sie die Erfahrung, daß die als heile Welt von ferne erlebte Westgesellschaft wesentlich komplexer ist als die alte Ordnung und eine ganze Reihe ungeahnter Konflikte birgt.

Die Menschen der ehemaligen DDR haben neue Sorgen und entdecken ihre Interessen. Die SPD muß da sein, wenn die Menschen Interessenvertreter suchen. Für sie stehen noch auf Jahre ihre Existenz- und Einkommenssicherung im Vordergrund. Bei der Bewältigung dieser Probleme aus dem Prozeß der Vereinigung müssen wir sie unterstützen - auch wenn das Denken und Handeln im Westen auf Lebensqualität in einem umfassenden Sinne, auf Umweltschutz, Individualisierung und Selbstverwirklichung ausgerichtet ist.

Die Sozialdemokratie kann in den neuen Ländern Mehrheiten gewinnen, wenn sie sich zum Anwalt für die unmittelbaren Lebensbedürfnisse der Menschen machen kann, sich um Sicherung der Arbeitsplätze, gewerkschaftliche Praxis in den Betrieben, Miet- und soziale Probleme kümmert.

Die Sozialdemokraten in den ostdeutschen Ländern werden eine eher traditionelle sozialdemokratische Politik machen müssen. Daher werden für eine begrenzte Zeit die Ansprüche an die SPD in den alten und den neuen Bundesländern recht unterschiedlich sein.

"Der neue Weg" ist in der Öffentlichkeit als eine westliche Angelegenheit wahrgenommen worden. Das kann sich schnell ändern. So bieten die ökologischen und sozialen Fragen im Zusammenhang mit der Erneuerung der östlichen Betriebe Ansätze für eine gemeinsame Zukunftserörterung, die so kurz nach der Vereinigung noch nicht greifen konnte.

Die Sozialdemokraten des Westens müssen jene Reformen, die vor der Vereinigung auf der Tagesordnung standen, weiter vorantreiben und sich zugleich mit dem Osten um Vermittlung bemühen. Integration heißt, regional unterschiedliche Wege und Ungleichzeitigkeiten zu akzeptieren. Regionales Selbstbewußtsein darf sich aber nicht als Kirchturnspolitik gegeneinander realisieren. Und wenn die SPD eine gesamtdeutsche Volkspartei sein will, so muß sie unterschiedliche Entwicklungsgeschwindigkeiten aushalten, muß sie miteinander verbinden, was erst einmal aufeinanderprallt.

Daß dies gelingt, ist eine unerläßliche Voraussetzung dafür, daß der Wandel als Folge der Vereinigung nicht von einem neuen ostdeutschen Nationalismus überschattet wird, sondern Ostdeutschland schnell in den europäischen Kontext wächst, in dem Ausgrenzung und Ausländerfeindlichkeit zunehmend obsolet werden.

(-/19.12.1990/rs/ks)

(Den vierten und letzten Teil veröffentlichen wir in unserer morgigen Ausgabe).

\*\*\*\*\*